

Privatisierung, Liberalisierung und Regulierung: Staatliche Macht auf dem Rückzug?

1. Öffentliches Eigentum und Privatisierungen - Versuch einer Verortung	2
1.1 Entwicklungen in Österreich ab 1945	3
1.2 Fallbeispiel 1: Situation der verstaatlichten Stahlindustrie in den 80ern	5
1.2.1 Überkapazität, Preisverfall	5
1.2.2 Subventionswettlauf	6
1.2.3 Politische Rahmenbedingungen	7
1.2.4 Neue Akteure	7
1.3 Fallbeispiel 2: Liberalisierung des österreichischen Strommarktes	8
1.3.1 Personalabbau	8
1.3.2 Unabhängige Regulierungsbehörden	9
1.3.3 Legitimationsfragen	9
2. Fazit	10
3. Quellenverzeichnis	11
4. Abbildungsverzeichnis	13

Beginnend mit den 80er Jahren hat sich die Begriffstria von „Privatisierung, Liberalisierung und Regulierung“ als zentrales Steuerungsinstrument der europäischen Wirtschaftspolitik etabliert. Exemplarisch sollen diese Phänomene in folgendem Text anhand der Privatisierung der österreichischen Stahlindustrie sowie der Liberalisierung des österreichischen Strommarktes gezeigt werden.

1. Öffentliches Eigentum, Privatisierung und Liberalisierung – Versuch einer Verortung

Ab den 70ern kam es zu vermehrten Angriffen auf den Staat in seiner Rolle als Eigentümer. Die Hauptvorwürfe waren, dass staatliche Konzerne bürokratisch, ineffizient und verschwenderisch agieren würden. Zentral in diesen Diskussionen sind vor allem die Gegenüberstellungen von angenommenen Stärken von privaten Unternehmen gegenüber jenen mit öffentlichem Eigentümer. Während private als horizontal organisiert, kompetitiv und flexibel wahrgenommen werden, werden öffentliche gemeinhin als hierarchisch, monopolistisch und strategisch planend dargestellt. Weiters werden öffentliche Eigentümer als hierarchisch, monolithisch, bürgerfern und private Unternehmer als dezentral und da ggf. im Markt stehend und serviceorientiert verstanden. (vgl. Clifton 2003, 11ff).

Etwas zeitlich verschoben mit den Debatten betreffend die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungsunternehmen - nämlich Anfang der 90er Jahre - begannen auch Diskussionen betreffend die Liberalisierung der sie betreffenden Märkte. Grundsätzliches Ziel von Liberalisierung ist die Herstellung eines kompetitiven Marktes. Der Zugang zu diesem Markt soll für die konkurrierenden Akteure möglichst niederschwellig und einfach sein. In der Modellvorstellung gibt es in diesen Märkten ein möglichst geringes Ausmaß an Marktkonzentration, da angenommen wird, dass die mit einer entsprechenden Konzentration verbundene Marktmacht dazu genutzt werden würde, um Barrieren für neue Konkurrenten zu errichten (vgl. Hermann / Verhoest 2007, 3).

Getragen wird diese Diskussion von der Wahrnehmung des Wettbewerbs als des am besten geeigneten Systems der Koordinierung wirtschaftlicher Tätigkeiten. Weiters wird von liberalisierten Märkten eine Steigerung der Effizienz der in ihnen tätigen Unternehmen erwartet. Zwar betrifft die Liberalisierung nicht zwangsläufig die

Eigentumsverhältnisse der Unternehmen (wie dies bei Privatisierungen der Fall ist), doch lässt sich schon bei oberflächlicher Analyse erkennen, dass bei der Legitimation von beiden Prozessen ähnliche Argumente ins Treffen geführt werden.

1.1 Entwicklungen in Österreich ab 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden durch Beschluss zweier Verstaatlichungsgesetze relevante Teile der österreichischen Wirtschaft öffentliches Eigentum. Konkret betraf dies die Sektoren Grund- und Schwerindustrie, Kohle- und Metallbergbau, drei Banken, die Energieversorgung sowie die Donauschifffahrt. Interessanterweise waren die Beschlüsse dieser Gesetze im Nationalrat einstimmig. Hintergrund dieses breiten Konsenses war die Besorgnis, dass die Alliierten Besitzansprüche auf die ehemals in reichsdeutschem Besitz befindlichen Unternehmen anmelden könnten (vgl. Obinger 2006,155).

Ursprünglich wurden die verstaatlichten Unternehmen direkt von der Bundesregierung verwaltet. 1967 wurde, unter ÖVP-Alleinregierung, die Österreichische Industrieverwaltungs GesmbH (ÖIG) und ab 1970 nach Umwandlung der ÖIG in eine Aktiengesellschaft die dadurch entstandene Österreichische Industrieverwaltungs AG (ÖIAG) mit dieser Aufgabe betraut. Obwohl es kleinere Privatisierungen und Restrukturierungen gab, blieb dieses Setting bis in die 80er Jahre erhalten. 1986 wurde unter SPÖ-Führung eine große Koalition mit der ÖVP gebildet. Diese neue Regierung beschloss schließlich die Teilprivatisierung der öffentlichen Unternehmen (vgl. Obinger 2006, 156).

Einschneidend für die Entwicklung des öffentlichen Eigentums in Österreich war das Jahr 2000. Die neue von der ÖVP geführte Koalitionsregierung mit der FPÖ sah die Zurückdrängung des Staates als zentrale Agenda ihrer Regierungstätigkeit an. Um diesem Ziel Rechnung zu tragen, wurde bereits im April des Jahres 2000 das ÖIAG-Gesetz entsprechend novelliert. Hielt die ÖIAG 1999 noch relevante Anteile an österreichischen Unternehmen, so wurden diese in den folgenden Jahren sukzessive reduziert bzw. privatisiert. Einen Überblick über diese Privatisierungstätigkeiten im Zeitraum von 2000 bis 2006 bietet die folgende Abbildung. Beispiele wären die Telekom, die Austria Tabak, die PSK oder die österreichische Post. Ergebnis dieser

Politik war ein massiver Rückgang der unternehmerischen Tätigkeit des österreichischen Staates (vgl. Obinger 2006, 57ff).

Abb.1: Beteiligungen der ÖIAG an größeren Unternehmungen, 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
AUA	39,4	39,4	39,4	39,4	39,4	39,4	39,4
Austria Tabak	41,1	x	x	x	x	x	x
Böhler-Uddeholm	25	25	25	x	x	x	x
Dorotheum	100	x	x	x	x	x	x
IBVG***	100	x	x	x	x	x	x
ÖIAG-Bergbauholding / GKB-Bergbau**	100	100	100	100	100	100	100
Print Media*** / Strohal-Rotationsdruck	100	100	x	x	x	x	x
Österreichische Post bzw. Postbus*	100	100	100	100	100	100	52,8
OMV	35	35	35	35	31,5	31,5	31,5
Telekom Austria	47,8	47,8	47,2	47,2	30,2	30,17	25,2
VA Technologie / Voest Alpine Technologie	24	24	24	15	14,7	x	x
VA Stahl bzw. Voestalpine AG	38,8	37,8	34,7	15	15	x	x

*2002 bis 2003, ** ab 2004, *** 2001 mit der ÖIAG fusioniert

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf: Obinger 2006, 167. Aktualisiert mit Daten für 2006.

Der Beginn der Liberalisierung des Strommarktes fiel noch in die große Koalition von SPÖ und ÖVP. So wurde 1998 das Elektrizitätswirtschaftsorganisationsgesetz kurz EIWOG, verabschiedet. Dem Gesetz kam neben der Umsetzung der Richtlinie 96/92/EG der Europäischen Union auch eine ordnungspolitische Funktion zu (vgl. Hofbauer 2006, 3).

In diesem Schritt der Liberalisierung war in erster Linie die Verbundgesellschaft betroffen, welche historisch gewachsen nur wenige, dafür aber Großkunden zu beliefern hatte. Die Landesgesellschaften, welche vor allem Haushaltskunden versorgten, waren in diesem ersten Schritt von der Liberalisierung nicht in dem Ausmaß betroffen, wie dies bei der Verbundgesellschaft der Fall war. Dies änderte sich durch Einbeziehung der Haushalte in den Wettbewerb mittels einer seitens der Regierungskoalition ÖVP – FPÖ angestrebten Novelle des Gesetzes im Jahr 2000.

1.2 Fallbeispiel 1: Situation der verstaatlichten Stahlindustrie in den 80er Jahren

Mit Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts schlug die internationale Stahlkrise auch auf die verstaatlichte österreichische Stahlindustrie durch.

Abb.2: Wirtschaftswachstum - Teuerung - Arbeitslosigkeit

Tabelle: Wirtschaftswachstum - Teuerung - Arbeitslosigkeit								
	Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich (%)			Entwicklung der VPI (%)		Arbeitslosenraten (%) nationale Berechnung		
	1982	1983 ⁴⁾	1984 ⁴⁾	1982	1983 ⁴⁾	1982	1983 ⁴⁾	1984 ⁴⁾
USA	-1,7%	3,0%	4,5%	6,2%	3,5%	9,7%	10,3%	9,5%
Kanada	-4,8%	2,0%	4,8%	10,8%	7,0%	11,0%	12,5%	12,0%
Japan	3,0%	3,3%	3,5%	2,6%	2,0%	2,3%	2,8%	3,0%
BRD	-1,1%	0,5%	1,8%	5,3%	3,0%	7,7%	9,0%	9,5%
Frankreich	1,7%	-0,5%	0,5%	12,0%	9,5%	8,9%	9,5%	10,5%
Großbritannien	1,2%	1,8%	2,3%	8,6%	5,0%	11,7%	12,3%	12,3%
Italien	-0,3%	-0,5%	2,0%	16,5%	16,0%	9,1%	10,0%	10,3%
Belgien	-0,1%	0,3%	1,5%	8,0%	7,5%	16,6%	18,5%	19,5%
Dänemark	3,1%	1,0%	0,5%	10,1%	7,5%	9,8%	10,8%	11,8%
Niederlande	-1,4%	-0,3%	0,3%	5,9%	2,5%	12,4%	15,0%	15,5%
Norwegen	-0,6%	0,3%	1,0%	11,3%	9,0%	2,1%	2,2%	2,2%
Schweden	-0,1%	1,8%	2,5%	8,6%	8,5%	3,2%	3,5%	3,5%
Schweiz	-2,0%	-0,5%	2,0%	5,6%	4,0%	0,4%	1,0%	0,5%
OECD insgesamt	-0,2%	2,0%	3,3%	7,7%	5,5%	8,4%	9,3%	9,5%
OECD Europa	0,4%	0,5%	1,5%	10,2%	8,0%	9,5%	10,8%	11,5%
Österreich	1,1%	1,0%	0,5%	5,4%	3,2%	3,7%	4,6%	5,5%

Quelle: Tieber / Spitzer 1983, 12

1.2.1 Überkapazität, Preisverfall

Weltweit gab es in den 80er Jahren eine Überproduktion von Stahl. Die Folge von Überkapazitäten, Preisverfall und Kostensteigerungen waren Verluste, denen man zunächst mit der „klassischen“ Methode der Verlustbegrenzung, mit Entlassungen begegnen wollte. Als sich die europäische Dimension der Krise abzeichnete, wurde der Ruf nach öffentlicher Hilfe laut. Der Preisverfall ab Mitte der 70er Jahre lässt sich auch deutlich an folgender Grafik ablesen:

Abb.3: Preisverfall bei Stahl

Index (Basis 1974 100%)		
	Mitte 1974	Mitte 1983
Stabstahl	100	87
Walzdraht	100	74
Warmbreitband	100	98
Grobblech	100	91

Quelle: Tieber / Spitzer 1983, 15

1.2.2 Subventionswettlauf

Die Politik hatte die Sorge vor volkswirtschaftlichen und regionalen Katastrophen, sozialen Unruhen, Industriefriedhöfen wie in den 1930er Jahren und keiner Aussicht auf Ersatzarbeitsplätze. Damit begann in Europa ein Subventionswettbewerb.

Abb.4: Der "Subventionskodex" der EG

Aufgrund der Einführung des "Subventionskodex" liegen für den Zeitraum 1980-1982 detaillierte Daten vor:	
Subventionen	1980-1982
Belgien	30,0 Mrd. öS
Dänemark	1,5 Mrd. öS
BRD	10,5 Mrd. öS
Frankreich	69,9 Mrd. öS
Luxenburg	2,7 Mrd. öS
Niederlande	1,5 Mrd. öS
Großbritannien	35,2 Mrd. öS
Italien	12,7 Mrd. öS
Irland	1,0 Mrd. öS
Gesamt	165,0 Mrd. öS (~ 12,3 Mrd. €)

Quelle: Tieber / Spitzer 1983, 21

1.2.3 Politische Rahmenbedingungen

Bis Mitte der 70er Jahre war die verstaatlichte Industrie zwischen den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP Konsens. Ein ausgefeiltes Proporzsystem und eine starke Sozialpartnerschaft sicherten den Ausgleich am „grünen Tisch“. Durch die Krise und den notwendig gewordenen Subventionen wurde dieser Konsens zusehends von der ÖVP in Frage gestellt. Die ÖVP verlangte für ihre Zustimmung zu Subventionen massive Subventionen für die Landwirtschaft. (vgl. Tieber / Spitzer 104ff)

Der Intertrading Skandal 1985 führte zu einem massiven Vertrauensverlust in das Management staatlicher Betriebe. Der gesamte Vorstand der VOEST Alpine musste zurücktreten. Der damals zuständige Minister Ferdinand Lacina setzte, auf Vorschlag des damaligen VOEST Zentralbetriebsrat Franz Ruhaltinger, Richard Kirchwegger als neuen Vorstandsdirektor ein. Wenig später wurde bekannt, dass auch Kirchwegger in den Intertrading Skandal involviert war (vgl. Prettnig 2006)

Der damalige zuständige SPÖ Minister Lacina verfolgte eine Politik der Entpolitisierung der verstaatlichten Industrie und leitete die erste Welle der Privatisierungen ein. Die Stellung der ÖIAG gegenüber dem einzelnen Unternehmen wurde massiv gestärkt, Prinzipien des Aktienrechtes übernommen, sowie die Proporzbesetzung des ÖIAG Aufsichtsrates beendet. (vgl. Passweg 2001)

1.2.4 Neue Akteure

Als zentrale Frage stellt sich im Zusammenhang mit dieser Rekonfiguration zentraler Wirtschaftsbereiche, wer den Staat als Eigentümer ablöste. Im Falle der VOEST stieg im Zusammenspiel mit der oberösterreichischen Landespolitik die Raiffeisen Landesbank in eine zentrale Rolle auf und der VOEST-Konzern konnte in der Hand inländischer Kernaktionäre gehalten werden. Generell ist festzustellen, dass die Raiffeisen Bankengruppe inzwischen das Nervenzentrum der ehemals verstaatlichten Wirtschaft darstellt. Basis hierfür wiederum bilden zahlreiche Aufsichtsratsmandate welche das Machtnetzwerk weiter verfestigen (vgl. Korom 157).

1.3 Fallbeispiel 2: Liberalisierung des österreichischen Strommarktes

Betreffend Energieversorgungsunternehmen (EVUs) muss, was die Liberalisierung betrifft, zwischen den Ebenen der Übertragungs- und Verteilnetze und dem tatsächlichen Handel mit Energie bzw. die Elektrizitätserzeugung unterschieden werden. Gemeinhin wird anerkannt, dass die Leitungsstrukturen nicht dem Wettbewerb zugeführt werden können bzw. eine solche Zuführung ineffizient wäre (nicht zuletzt durch die hohen Skalenerträge der Netze). Insofern hat sich also in den Jahren der Liberalisierung seit 1998 ein Mischsystem herausgebildet: ein staatlich monopolistisch kontrolliertes Netz verbunden mit einem liberalisierten Endkundenmarkt betreffend der Belieferung mit Elektrizität (vgl. Bauer 2004, 71ff).

1.3.1 Personalabbau

Die neue Wettbewerbssituation Anfang der 00er Jahre setzte die österreichischen EVUs, allen voran den Verbund, unter Druck, da sie nun wie auf jedem Markt um Kunden werben mussten. Um Kosten zu minimieren, wurde in großem Ausmaß Personal abgebaut. Die folgende Abbildung vergleicht den Rückgang des Personalstandes bei der Verbundgesellschaft mit jenem von zwei als Beispiele ausgewählten Landesgesellschaften Estag (Steiermark) und Kelag (Kärnten).

Abb.5: Personalabbau bei ausgewählten EVUs 1996 – 2000

	1996	1997	1998	1999	2000
Verbund	4624	4435	4162	3747	3387
Estag	2998	2974	2806	2751	2461
Kelag	x	x	1437	1412	1382

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf: Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft) (2000, 4), Energie Steiermark Aktiengesellschaft (2000, 25), Energie Steiermark Aktiengesellschaft (1998, 31), Energie Steiermark Aktiengesellschaft (1999, 28), Energie Steiermark Aktiengesellschaft (1997, 19) Geschäftsbericht, Rechnungshof (2001, 4).

1.3.2 Unabhängige Regulierungsbehörden

Wie bereits im Abschnitt 1.1 kurz angerissen, wurde das EIWOG im Jahre 2000 einer Novellierung unterzogen. Interessant hierbei ist, dass es für diese Novellierung entgegen des ursprünglichen Beschlusses des EIWOGs 1998 keine Richtlinie der Europäischen Union gab, welche umzusetzen gewesen wäre. Hintergrund war vielmehr, dass sich im Jahr 2000 eine Änderung der Regierungskonstellation ergab, die nicht weniger als eine Zäsur der österreichischen Innenpolitik bedeutete. Die SPÖ schied aus der Regierung aus und eine neue Koalition aus ÖVP und FPÖ wurde angelobt. Damit verschoben sich die Machtkonstellationen maßgeblich und der Einfluss der SPÖ – welche sich traditionell eher als Verteidigerin öffentlicher Unternehmen bzw. als Vertreterin von Gewerkschaftsinteressen sah – nahm entsprechend ab. Die FPÖ, welche neu in die Regierung kam, war gegenüber öffentlichem Unternehmertum an sich und daher auch den staatlichen Beteiligungen in der Elektrizitätswirtschaft gegenüber seit jeher skeptisch. Die neue Regierung forcierte nun einen schnelleren Kurs bei der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes und binnen weniger Jahre wurde Österreich zu einem Vorreiter der Liberalisierung des Strommarktes (vgl. Sickinger 2004, 176).

Im Rahmen dieser Veränderungen wurde weiters ein Energieregulierungsbehördengesetz erlassen. Die Zuständigkeiten betreffend das Elektrizitätswesen wurden auf verschiedene Behörden verteilt. Waren bisher die Kompetenzen auf Landes- bzw. Bundesebene in den Händen der Landesregierungen, der Landeshauptleute bzw. auf den Wirtschaftsminister konzentriert, so wurden auf Basis des Energieregulierungsbehördengesetzes nun die Elektrizitäts-Control GmbH (EControl) sowie die Elektrizitäts-Control Kommission (E-Control Kommission) neu gegründet. (vgl. E-Control 2001, 17). Die privatrechtlich organisierte E-Control GmbH stand in 100% Eigentum des Bundes (vgl. 121. Bundesgesetz: Energieliberalisierungsgesetz 2000, 1273).

1.3.3 Legitimationsfragen

Eine zentrale Frage, die mit dieser Transformation einhergeht ist jene der demokratischen Legitimation dieser Behörde. Während MinisterInnen bzw. Landeshauptleute sich gegenüber dem Parlament bzw. Landtag verantworten

müssen, ist die E-Control per Definition unabhängig, aber nichtsdestoweniger mit zentralen Verwaltungsaufgaben beschäftigt.

Insofern erhebt sich auch die Frage, inwiefern eine derartige Struktur in das klassische Verfassungsgefüge passt. Kritiker einer derartigen Entwicklung führen an, dass es zu einer „sektorspezifischen Regulierungsverfassung“ kommt, „deren treibendes Motiv die Durchsetzung des Wettbewerbs ist und die nicht in das Gesamtkonzept der traditionellen Verfassung eingebunden ist“ (Lachmayer 2015).

2. Fazit

Zusammenfassend lassen sich betreffend der untersuchten Privatisierungs- und Liberalisierungsschritte zahlreiche Parallelen erkennen. In beiden Fällen werden einem privaten Eigentümer bzw. einem liberalisierten Markt ähnliche spezifische Eigenschaften zugeschrieben. So sollen beide Phänomene zu mehr Effizienz führen und durch Entpolitisierung der direkte Zugriff der Politik eingeschränkt oder gänzlich ausgeschlossen werden. Diesem Ziel zugrunde liegend ist die Analyse, dass eine politische Steuerung von Unternehmen, bzw. dass die Abwesenheit von (privaten) Konkurrenten zu ineffizienten bzw. nicht konkurrenzfähigen Unternehmungen führen. Politische Einflussnahme wird dementsprechend als negativ, da wirtschaftlich hinderlich gesehen.

Wie anhand von zwei Fallbeispielen gezeigt wurde, ist beiden Prozessen eine konkrete wirtschaftspolitische Machtverschiebung inhärent. Im Fall der verstaatlichten Industrie stieg eine private Bank zum zentralen wirtschafts(politischen) Player auf, im Fall des liberalisierten Strommarktes erhielt eine per Definition unabhängige Behörde zahlreiche Kompetenzen. Beiden Veränderungen ist gemein, dass durch Wahlen legitimierte PolitikerInnen an Einfluss eingebüßt haben und dieser Einfluss an gar nicht bzw. nur eingeschränkt politisch kontrollierte AkteurlInnen weitergereicht wurde.

3. Quellenverzeichnis

Literatur

121. Bundesgesetz, mit dem Neuregelungen auf dem Gebiet der Erdgaswirtschaft erlassen werden (Gaswirtschaftsgesetz – GWG), das Bundesgesetz betreffend den stufenweisen Übergang zu der im Gaswirtschaftsgesetz vorgesehenen Marktorganisation erlassen wird, das Preisgesetz 1992, die Gewerbeordnung 1994, das Rohrleitungsgesetz, das Reichshaftpflichtgesetz, das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz geändert werden und das Bundesgesetz über die Aufgaben der Regulierungsbehörden im Elektrizitätsbereich und die Errichtung der Elektrizitäts-Control GmbH und der Elektrizitäts-Control Kommission sowie das Bundesgesetz, mit dem die Ausübungsvoraussetzungen, die Aufgaben und die Befugnisse der Verrechnungsstellen für Transaktionen und Preisbildung für die Ausgleichsenergie geregelt werden, erlassen werden (Energie liberalisierungsgesetz) (2000), in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich – Jahrgang 2000, Wien, 1215-1284

Bauer, Johannes M. (2004). Die Privatisierung von Infrastrukturen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht, in: Volker Schneider / Marc Tenbücken (Hrsg.): Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, Frankfurt/Main, 53-84

Clifton, Judith / Comin, Francisco / Diaz Fuentes, Daniel (2003). Privatisation in the European Union. Public Enterprises and Integration, Dordrecht / Boston / London

Hermann, Christoph / Verhoest, Koen (2007). Pique. Synthesis report on liberalisation and privatization processes and forms of regulation. Varieties and Variations of Public-Service Liberalisation and Privatization in Europe, Wien

Hofbauer, Ines (2006). Pique. Liberalisation, privatization and regulation in the Austrian electricity sector. Country report on liberalisation and privatization processes and forms of regulation, Wien

Obinger, Herbert (2006). „Wir sind Voesterreicher“: Bilanz der ÖVP/FPÖ-

Privatisierungspolitik, in Emmerich Tálos (Hrsg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des "Neu-Regierens", Wien, 154-169

Sickinger, Hubert (2004). Politische Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen am Beispiel der Elektrizitätswirtschaft, in: Ewald Nowotny / Christoph Parak / Ronald F. Scheucher (Hrsg.): Handbuch der österreichischen Energiewirtschaft, Wien, 159-178

Tieber, Herbert / Spitzer, Rudolf (1983). Verstaatlichte Industrie zwischen gestern und morgen. Tatsachen · Kommentare · Dokumente. Schriftenreihe der Gemeinwirtschaft, Wien

Internetquellen

Lachmayer, Konrad (2015). Expertokratie statt Demokratie – Die neuen Spielregeln der Regulierung des Energiesystems. Download unter <http://blog.arbeitswirtschaft.at/expertokratie-statt-demokratie-die-neuen-spielregeln-in-der-regulierung-des-energiesystems/>, am 1.8.2016

Passweg, Mirion (2001). Privatisierung in Österreich | Bleibt die ÖIAG als Kernaktionär für österreichische Schlüsselunternehmen erhalten? Download unter http://www.arbeitswirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_999_Suche.a&cid=1196351271860, am 2.8.2016

Prettnig, Gerhard (2006). Stahlgewitter. Download unter <https://www.brandeins.de/archiv/2006/sparwahn/stahlgewitter/>, am 2.8.2016

4. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Beteiligungen der ÖIAG an größeren Unternehmungen, 2000 bis 2006

Basierend auf: Obinger, Herbert (2006). „Wir sind Voesterreicher“: Bilanz der ÖVP/FPÖ-Privatisierungspolitik, in Emmerich Tálos (Hrsg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des "Neu-Regierens", Wien, 167

Aktualisiert auf Basis:

Kurzdarstellung – Die österreichische Post AG

Download unter <http://www.post.at/15.php>, am 4. 8. 2010

Konzerninformation – Geschichte: Die Meilensteine der OMV Erfolgsgeschichte

Download unter [http://www.omv.at/portal/01/at/!ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3hfA0sPN89Qo1BHEyMDb1Nvf1cjAwgAykdiyoc5GsLk8esOTknV9_Plz03VL8iNKAcADA3Omg!!/dl3/d3/L2dJQSEvUUt3QS9ZQnZ3LzZfTTA5SEZJVTJVQQTQyMEs1S1RDNDawMDAwMDA!/,](http://www.omv.at/portal/01/at/!ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3hfA0sPN89Qo1BHEyMDb1Nvf1cjAwgAykdiyoc5GsLk8esOTknV9_Plz03VL8iNKAcADA3Omg!!/dl3/d3/L2dJQSEvUUt3QS9ZQnZ3LzZfTTA5SEZJVTJVQQTQyMEs1S1RDNDawMDAwMDA!/) am 4. 8. 2010

Telekom Austria AG – Geschäftsbericht 2006

Download unter <http://gb2006.telekom.at/>, am 4.8.2010

ÖIAG Österreichische Industrie Holding AG

Download unter <http://www.oeiag.at/asp/indexchart.asp?id=obag>, am 4.8.2010

Abb. 2: Wirtschaftswachstum - Teuerung - Arbeitslosigkeit

Tieber, Herbert / Spitzer, Rudolf (1983) Verstaatlichte Industrie zwischen gestern und morgen. Tatsachen · Kommentare · Dokumente. Schriftenreihe der Gemeinwirtschaft, Wien, 12

Abb. 3: Preisverfall bei Stahl

Tieber, Herbert / Spitzer, Rudolf (1983) Verstaatlichte Industrie zwischen gestern und morgen. Tatsachen · Kommentare · Dokumente. Schriftenreihe der Gemeinwirtschaft, Wien, 15

Abb. 4: Der "Subventionskodex" der EG

Tieber, Herbert / Spitzer, Rudolf (1983) Verstaatlichte Industrie zwischen gestern und morgen. Tatsachen · Kommentare · Dokumente. Schriftenreihe der Gemeinwirtschaft, Wien, 21

Abb. 5: Personalabbau bei ausgewählten EVUs 1996 – 2000

Eigene Darstellung, basierend auf:

Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft)
(2000). Geschäftsbericht 2000, Wien, 4

Energie Steiermark Aktiengesellschaft (2000). Geschäftsbericht 2000, o.O., 25

Energie Steiermark Aktiengesellschaft (1998) Geschäftsbericht 1998, o.O., 31

Energie Steiermark Aktiengesellschaft (1999) Geschäftsbericht 1999, o.O., 28

Energie Steiermark Aktiengesellschaft (1997) Geschäftsbericht 2000, o.O., 19

Rechnungshof (2001). Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes. Villach.
Verwaltungsjahr 2000, Wien, 4